



AFRIKA/BURKINA FASO - Bischöfe: „Burkina Faso braucht Gerechtigkeit, Aussöhnung und Frieden“

Ouagadougou (Fidesdienst) – „Burkina Faso braucht Gerechtigkeit, Aussöhnung und Frieden. Die Hauptakteure der gegenwärtigen sozialen Spannungen müssen auf Gewalt und auf Aktionen verzichten, die zu einem Anstieg der Spannungen beitragen oder die Menschenwürde und das Gemeinwohl missachten und unser Land ins Chaos führen“, so die Bischöfe von Burkina Faso nach ihrer Vollversammlung, die im vergangenen Juni in Ouagadougou tagte. In dem westafrikanischen Land kam es zu sozialen Spannungen und Protesten im Zusammenhang mit den geplanten institutionellen und politischen Reformen und der eventuellen Einführung eines Senats.

In ihrem Schlussdokument, das in diesen Tagen veröffentlicht wurde, erinnern die Bischöfe an verschiedene Faktoren, die zu einem Wandel der Gesellschaft beigetragen haben. Die zunehmend jugendliche Gesellschaft (46,4% der Einwohner sind unter 15 Jahre alt und 59,1% sind unter 20 Jahre alt), die angesichts eines Fehlens sozialer Modelle unzufrieden ist. Der Anstieg des Analphabetentums (32% im Jahr 2012 im Vergleich zu 16,17% im Jahr 1985) bei gleichsam zunehmendem Zugang zu Informationstechnologien und wachsendem Selbstbewusstsein der Frauen. Dabei beklagen die Bischöfe, dass „Geld heute einen größeren Stellenwert hat als die Familie, das eigene Land und der Glaube“. Dies gelte vor allem für Jugendliche, die vor allem nach materiellen Gütern streben.

In ihrem Dokument stellen die Bischöfe auch fest, dass die Regierung immer mehr von der Realität losgelöst sei und sich die soziale Kluft verschärft und beklagen die Zunahme der Armut, Macht- und Finanzmonopole, Korruption, Hoffnungslosigkeit unter Jugendlichen und Zunahme der Gewalt. „In einem solchen Klima extremer Armut, wo grundlegende Bedürfnisse nicht erfüllt werden und immer mehr Jugendliche eine ungewisse Zukunft haben, muss man sich fragen, ob die Bildung eines Senats nicht doch angemessen wäre“, so die Bischöfe, die betonen, dass „die Politik die Nutzung der Macht als legitimes Mittel zum Erreichen des Gemeinwohls ist.“ „Die Kirche möchte die Bildung des Senats nicht behindern“, betonen die Bischöfe. Man bedauere jedoch, dass der „Conseil Consultatif für les Réformes Politiques“ (CCRP) bisher die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Beziehungen einer solchen Institution zur Nationalversammlung nicht festgelegt habe. (SL) (Fidesdienst, 23/07/2013)